

Soldaten auch künftig am WEF

Flims. – Die Armee soll den Kanton Graubünden beim World Economic Forum (WEF) in Davos auch in den nächsten drei Jahren mit bis zu 5000 Soldaten unterstützen. Der Ständerat hat den Armee-Einsatz von 2007 bis 2009 mit 32 zu 9 Stimmen genehmigt.

Mit dem Einsatz werde kein Neuland beschritten, sagte Kommissions-sprecher Hermann Bürgi (SVP, TG). Bereits für die Jahre 2004 bis 2006 bewilligte das Parlament militärische Unterstützung für das WEF. Die Soldaten helfen mit, Personen und Objekte zu beschützen. Vergeblich warnte Michel Béguelin (SP, VD) davon, die Unterstützung einer «privaten Veranstaltung» zu institutionalisieren. Die Mehrkosten betragen jährlich rund 2 Millionen Franken. (SDA)

Drei Neue im Nationalrat

Flims. – Zu Beginn der Herbstsession in Flims hat der Nationalrat drei neue Mitglieder aufgenommen. Den Eid geleistet haben die Luzernerin Ida Glanzmann (CVP), der St. Galler Andreas Zeller (FDP) und der Aargauer Markus Zemp (CVP). Sie ersetzen die zurückgetretenen Josef Leu und Peter Weigelt sowie Doris Leuthard. Glanzmann ist Präsidentin der CVP Frauen und bringt parlamentarische Erfahrung aus dem Luzerner Grossrat mit. Weigelt-Nachfolger Zeller sass bisher im St. Galler Kantonsparlament und leitete von 1999 bis 2005 die kantonale FDP. Der 52-jährige Markus Zemp amtierte als Bezirkspräsident der CVP Lenzburg. (AP)

Versorgung mit Impfstoffen sichern

Bern. – Im Fall einer Pandemie, wie der Vogelgrippe, soll der Bundesrat mehr Kompetenzen erhalten. So kann er bereits vor dem Ausbruch einer Pandemie die Beschaffung von Impfstoffen und Heilmitteln finanzieren. Der Nationalrat hat gestern ohne Gegenstimme die Änderung des Epidemiengesetzes verabschiedet. Es erlaubt dem Bundesrat auch, die Herstellung von Pandemie-Medikamenten in der Schweiz zu fördern. (AP)

Fahrende erhalten weiter Geld vom Bund

Flims. – Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende kann ihre Tätigkeit weiterführen. Der Nationalrat hat als Zweitrat einen Rahmenkredit von 750 000 Franken für die Jahre 2007 bis 2011 gutgeheissen. Das Geld soll dazu dienen, den rund 30 000 Fahrenden im Land den Alltag zu erleichtern und das Zusammenleben mit der ansässigen Bevölkerung zu fördern. Der Antrag einer links-grünen Minderheit, die Kreditsumme auf 1,5 Millionen Franken zu verdoppeln, blieb jedoch ohne Erfolg. (AP)

Genfer Linke gruppiert sich neu

Genf. – Die von Spannungen und Streit gelähmte Genfer Linksallianz Alliance de gauche (AdG) verschwindet von der politischen Bühne und tritt als Linksallianz A gauche toute! neu an. Unter dem neuen Banner finden sich jedoch die gleichen Parteien und Politiker wieder. (SDA)

Entscheidung über Munition ausgesetzt

Die Ständeräte wollen noch nicht entscheiden, ob die Munition von Armeeingehörigen aus dem Privatschrank verbannt wird. Man müsse das gründlicher diskutieren.

Von Bettina Mutter, Flims

Beim Eröffnungssapéro vor dem Hotel Waldhaus in Flims machte sich Ständerat Philippe Stähelin (CVP, TG) Sorgen, dass der Raub von 82 Sturmgewehren und 3 Armeepistolen in Marly (vgl. Kasten) einen Ratsentscheid beeinflussen könnte. Das war der Fall – allerdings nicht so, wie Ständerätin Anita Fetz (SP, BS) es sich gewünscht hätte. Statt zu entscheiden, schob die kleine Kammer ihre Motion «Für mehr häusliche und öffentliche Sicherheit» vorerst ab. Fetz fordert, künftig dürften aktive Armeeingehörige ihre Munition nicht mehr daheim aufbewahren.

Froh über den Aufschub

Dank eines Ordnungsantrags von Hansruedi Stadler (CVP, UR) blieb den Ständeräten der brisante Entscheid erspart. Stadler wollte verhindern, dass Fetz scheitert. Er erzählte von seiner Betroffenheit, als sich vor einigen Jahren eine ihm nahe stehende Person mit der Armeewaffe erschossen habe. Jetzt wolle er dafür sorgen, dass das Problem ein für alle Mal gelöst werde. Darum sollten sich die Sicherheitspolitiker nun erst «vertieft» des Problems annehmen.

Über diesen Aufschub sind die meisten Bürgerlichen im Ständerat froh – zumal der Bundesrat sich klar gegen Fetz' Anliegen stellte. Aber es gibt viele Skeptiker im Rat. CVP-Fraktionschef Urs Schwaller sagte: «Anita Fetz' Begehren ist ein ungenügender Versuch, das Problem zu lösen.» Sein Parteikollege Carlo Schmid (AI) warnt, die Frage sei «längst nicht ausdiskutiert». Kollege Rolf Schweiger (FDP, ZG) gefällt Fetz' Idee, er hofft aber, die Kommission werde noch «etwas Ganzheitlicheres» finden. Einzig This Jenny (SVP, GL) und Simon Epiney (CVP, VS) ärgern sich über ihre bürgerlichen Kollegen. Jenny schimpft sie «alte Offiziere, die am liebsten immer noch im Réduit sässen». Die Munition gehöre ausser Haus. Epiney ärgert sich zudem über den Bundesrat: «Er würde besser die Armee richtig reformieren, statt den Frauen das Anlie-



BILD BEATRICE DEVENES

Kam mit ihrem Anliegen nicht durch: SP-Ständerätin Anita Fetz.

gen zu verwehren, man solle ihren Männern Gewehr und Munition abnehmen.»

Skeptische Ständerätinnen

Allerdings stehen längst nicht alle Ständerätinnen hinter Fetz. Trix Heberlein (FDP, ZH) etwa möchte nicht «aus einer Emotion heraus» verbieten, daheim Munition zu lagern. «Man kann ja auch andere Munition kaufen», argumentiert die Rechtsanwältin und will abwarten, was die Sicherheitspolitiker ihr raten. Deutlich und grundsätzlichlich verwahrt sich Helen Leumann-Würsch (FDP, LU) gegen Fetz' Antrag: «Die Munition soll im Schrank blei-

ben», erklärt die Buchhalterin. Ihr Argument: Wer einen Mord plane, führe ihn sowieso aus – «mit oder ohne Armeemunition im Sturmgewehr». Derzeit werden rund 286 000 Sturmgewehre und Offizierspistolen von Wehrmännern daheim aufbewahrt. Am 30. April wurde die ehemalige Skirennfahrerin Corinne Rey-Bellet von ihrem Mann Gerold Stadler durch Schüsse aus seiner Armeepistole getötet. In der Schweiz ereignen sich im internationalen Vergleich besonders viele Familientragödien. In fast 60 Prozent davon dienen Armeegewehre und -pistolen als Tatwaffen. In seiner abschlägigen Antwort ging der Bundesrat mit keinem Wort auf die Opfer

Sturmgewehre und Munition gestohlen

Marly. – Unbekannte Täter haben am Wochenende aus einer Truppenunterkunft im freiburgischen Marly 82 Sturmgewehre, 43 Dosen Taschenmunition, 3 Pistolen und 10 Nachsichtgeräte gestohlen. Am Montagmorgen entdeckten Angehörige des Führungsunterstützungsbataillons 15, dass in der Zivilschutzanlage die Waffenkammer und das Munitionsmagazin ausgeräumt waren.

Laut dem Sprecher der Militärjustiz, Martin Immenhauser, wiesen beide Räume Einbruchspuren auf. Einen so «gravierenden Fall» habe er in den acht Jahren seiner Tätigkeit als Informationschef noch nie erlebt. «Es kommt vor, dass ein, zwei Sturmgewehre bei einem Einbruch entwendet werden, aber höchstens einmal pro Jahr», sagte er.

Am Abend tappten die in Marly ermittelnden Militär- und Zivilpolizisten noch im Dunkeln, wer so viele Gewehre und Munition gestohlen haben könnte. Eine zivile Täterschaft gilt jedoch als wahrscheinlich.

Ob die Truppe während des Urlaubs im Wiederholungskurs die Waffen und die Munition vorschriftsgemäss gelagert hat, ist Gegenstand der Untersuchung. Vorschrift ist laut Immenhauser, dass beides in geeigneten Räumen eingeschlossen wird und die Waffen getrennt von den Verschlüssen gelagert werden. (di)

Ramos war «Informant», aber auch Doppelagent

Der Einsatz eines ehemaligen kolumbianischen Drogenhändlers war einmalig, aber nicht ungesetzlich. Zu diesem Schluss kommt das Bundesstrafgericht. Grosse Fragezeichen bleiben.

Von Hanspeter Bürgin

Die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts in Bellinzona hat am späten Montagmorgen überraschend früh Stellung genommen zum «Fall Ramos» und dabei den abtretenden Bundesanwalt Valentin Roschacher entlastet. Noch am Freitag hatte deren Präsident, Emanuel Hochstrasser, bestätigt, dass er neue Akten erhalten hatte, die noch in die Untersuchung einfließen könnten. Das Vorpellen Bellinzonas erstaunt, da die Ergebnisse der Untersuchung gegen die Bundesanwaltschaft erst nächste Woche hätten präsentiert werden sollen.

Gemäss Pressemitteilung war der Einsatz von Ramos als «Informant» zwischen Dezember 2002 und August 2004 «einmalig in seiner Art». Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei hatten den verurteilten Drogenhändler mit dem Auftrag eingesetzt, «im in der Schweiz operierenden kriminellen Umfeld Informationen, insbesondere im Bereich des Drogenhandels, der Geldwäscherei von Drogengeld und des Menschenhandels, zu beschaffen». Daraus hätten neun Ermittlungsverfahren resultiert. Dazu gehört auch die Strafuntersuchung gegen den Zürcher Bankier Oskar Holenweger wegen des Verdachts auf Geldwäscherei.

Was die Beschwerdekammer in der gestrigen Mitteilung unterschlägt, ist der Umstand, dass Ramos ein Doppelagent

war, also nicht nur für die Schweizer Behörden ermittelte, sondern mutmasslich auch im Auftrag der USA tätig war. Diesen Zusammenhang hatte Emanuel Hochstrasser dem TA bestätigt. Ramos sei «sofort heimgeschickt» worden (nach Bogotá), als die Bundeskriminalpolizei bzw. Bundesanwaltschaft merkte, «dass er ein Doppelagent war», schrieb er in einem E-Mail.

Die entscheidende Frage ist, ob den Schweizer Behörden tatsächlich nicht bekannt war, dass Ramos für die US-Behörden arbeitete. Denselben Ramos hatten nämlich die damalige Bundesanwältin Carla Del Ponte und Valentin Roschacher bereits 1997 im Fall Salinas de Gortari einvernommen. Raúl, der Bruder des mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas, war von Ramos schwer belastet worden. Darauf sperrten die Schweizer Behörden seine Konten.

Bundesanwalt Roschacher hatte den Einsatz des verurteilten Ramos kurz vor seiner Rücktrittsankündigung bestätigt, seine Rolle aber auf die des «Türöffners» reduziert. Es ist bekannt, dass der damalige Chef der Bundeskriminalpolizei dem Einsatz von Ramos ablehnend gegenüberstand. Später wurde eine Taskforce gegründet, welche die Operation leitete. Dabei seien die damals in der Schweiz geltenden gesetzlichen Bestimmungen eingehalten worden, schreibt die Beschwerdekammer. Dies gelte sowohl für die Verfügungen zur Überwachung der Telekommunikation als auch beim «Einsatz eines verdeckten Ermittlers».

Daraus lässt sich ableiten, dass die Beschwerdekammer kein Problem sieht, die Beweismittel im Verfahren gegen den Bankier Holenweger zu verwenden. Offenkundig ist ihr auch egal, dass der zuständige Untersuchungsrichter bis heute keine Kenntnis über den Anfangsverdacht hat, der vom Doppelagenten Ramos stammt.

Behinderte und SP zögern mit IV-Referendum

Der Nationalrat will erst nach der Sanierung der Invalidenversicherung über zusätzliche Geldquellen diskutieren. Trotzdem droht die Linke nicht mit dem Referendum.

Von Philipp Mäder, Flims

Im März noch gab sich die Zürcher SP-Nationalrätin Christine Goll kämpferisch: «Das vorliegende Resultat provoziert ein Referendum geradezu», sagte sie damals nach der Debatte über die 5. Revision der Invalidenversicherung (IV). Gestern hat der Nationalrat das Gesetz erneut diskutiert und ist dabei der Hauptkritik der Linken nicht gefolgt: Er will weiterhin zunächst die Sparmassnahmen der laufenden Revision in Kraft setzen und erst dann über zusätzliches Geld für die defizitäre IV debattieren. Einen Antrag von SP-Präsident Hans-Jürg Fehr, gleichzeitig über Sparmassnahmen und Zusatzfinanzierung abzustimmen, lehnte der Rat ab.

Dennoch mochte Goll gestern nicht mehr mit dem Referendum drohen. Entscheidend sei die Haltung der Behinderten selbst: Ergriffen diese das Referendum, müsse die SP Unterstützung leisten, sagte Goll. Ihre Fraktionskollegin Jacqueline Fehr wiederum verwies auf die Gewerkschaften: «Neben den Behindertenorganisationen sind vor allem die Sozialpartner für die IV zuständig.» Diese müssten ein Referendum lancieren.

Doch auch die Gewerkschaften gaben den Ball subito an die Behinderten weiter: «Allenfalls könnten wir deren Referendum unterstützen», sagte Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Auch wenn es nicht alle offen sagen: Der Grund für die linke Zurückhaltung ist die Sorge, sich mit einem weiteren Referendum zu übernehmen: Bereits am Samstag hatte die SP beschlossen, eine Volksinitiative gegen den «Missbrauch beim Steuerwettbewerb» zu lancieren (TA von gestern). Und bei der Unternehmenssteuerreform hat die SP ebenfalls das Referendum angedroht. Generalsekretär Thomas Christen gibt sich deshalb pragmatisch: «Bei einem Referendum gegen die IV-Revision ist die Frage der Ressourcen entscheidend. Wir müssen uns das sehr gut überlegen.»

Bei der Dachorganisation der privaten Behindertenhilfe (Dok), der alle grossen Behindertenorganisationen angehören, ist die Botschaft von SP und Gewerkschaften angekommen. Und wie diese findet auch Dok-Sekretär Thomas Bickel, dass die Mittelparteien mit der Trennung zwischen Sparmassnahmen und Zusatzfinanzierung ihr Wort gebrochen hätten. Dennoch bleibt Bickel vorsichtig: «Es ist nicht sicher, dass wir das Referendum ergreifen, wenn die Finanzierung der IV weiterhin verzögert wird.» Zunächst gelte es, die Sitzung der zuständigen Parlamentskommission von Anfang Oktober abzuwarten.

Noch vorsichtiger ist die Behindertenorganisation Pro Infirmis. Zwar müsse man die Revision nochmals anschauen, wenn sie endgültig verabschiedet sei, sagt Sprecher Mark Zumbühl. «Aber dass die Zusatzfinanzierung offen bleibt, ist für uns kein Grund für ein Referendum.»

Nochmals in den Ständerat

In zwei anderen Punkten, darunter der Kapitalhilfe zur Wiedereingliederung, hielt der Nationalrat an seiner Version fest. Die 5. IV-Revision kommt deshalb nochmals in den Ständerat.

REKLAME RV930-T



Ich stimme 2xNEIN...

weil unsere humanitäre Tradition auf dem Spiel steht. Wir haben die internationale Menschenrechts-, Flüchtlings- und Kinderkonvention unterschrieben. In der Bundesverfassung sind unsere Grundrechte verankert. Ich will in einem Land leben, wo «Menschenwürde» keine leere Worthülse ist, sondern gelebt wird.

Lilith Claudia Hübscher
Kantonsrätin GRÜNE

Solidarité sans frontières

www.sosf.ch



Komitee 2xNEIN, 30/11 Bern
www.doppelreferendum.ch